

deren Deckung sie die Papiere in das Depot gelegt habe. Diese Thatfache wird also zu dem Zwecke geltend gemacht, um gegenüber der Behauptung des Beklagten, daß die Klägerin mit den beiden Banken in Reportverkehr gestanden habe, als Beweisgrund für ein die Annahme des Reportverkehrs ausschließendes Rechtsverhältniß zu dienen. Als solche würde sie verspätet sein. Sie aber ist nicht einmal erheblich. Daß die reportirten Papiere höheren Werth haben, als die durch dieselben zu deckende Forderung, würde der Annahme eines Reportgeschäftes nicht entgegenstehen. Die Abrede des Rückkaufs, vermöge deren bei Nichtnahme der Werthpapiere Seitens des Verkäufers und Wiederkäufers der Geldgeber nicht etwa berechtigt ist, die Papiere zu behalten, vielmehr nur Anspruch darauf hat, aus den Papieren Zahlung des verabredeten Rückkaufspreises oder — bei dem entsprechenden Abrede — Rückzahlung des Kaufpreises nebst den ausbedungenen Zinsen zu verlangen, steht der Verwerthbarkeit der aufgestellten Behauptung in dem angegebenen Sinne entgegen.

Ein weiterer Angriff der Klägerin gegen das Berufungsurtheil beruht auf der Ausföhrung, daß der in Frage stehende Geschäftsverkehr aus den Jahren 1884 und 1885 als Reportverkehr auch darum nicht angesehen werden könne, weil für das hergegebene Geld Zinsen vereinbart worden seien, und die Kunden nicht, wie solches dem Reportgeschäft allein entsprechen soll, die Zinsen der Effekten bezogen haben. Auch dieser Angriff geht fehl. Denn, wie bereits oben angedeutet ist, der Report, d. h. der von dem Käufer und Wiederverkäufer der Papiere in dem Geschäft gesuchte Vortheil, kann nicht bloß in der verabredeten Differenz zwischen dem Kaufpreise gegen baar und dem Wiederkaufpreise auf Zeit bestehen, sondern auch absondert vom Kaufpreise unter dem Namen von Zins, Prolongationspreis, Kostgeld dergestalt, daß der unter diesem Namen zu zahlende Betrag die Vergütung für Hergabe des Geldes darstellt, verabredet werden. Das Geschäft kann aber auch in der Weise gemacht werden, daß der Hereingeber der Papiere weiter keinen Vortheil hat, als daß er die laufenden Zinsen der Papiere für den Monat gewinnt (Grünhut a. a. D., Seite 670; Saling a. a. D., Seite 99). Damit ergibt sich die Unrichtigkeit der Auffassung der Klägerin, nach welcher die Festsetzung der Zinsen des verschuldeten Salbos dem Wesen des Reportverkehrs widersprechen soll. Es folgt hieraus weiter, daß, wenn, wie im vorliegenden Falle, Zinsen verabredet sind, die Frage, ob der von dem Käufer oder Wiederverkäufer gesuchte Vortheil neben den verabredeten Zinsen auch in dem Genuß der Stückzinsen für den fraglichen Monat besteht oder nicht, bei Prüfung des Rechtsverkehrs darauf, ob darin die Merkmale des Reportverkehrs zu erkennen sind, nicht von Einfluß sein kann. Uebrigens wird in Saling a. a. D., Seite 100 unten, bemerkt, daß wenn Geld zu Prolongationszwecken zu einem bestimmten Zinsfuß geliehen wird, die Stückzinsen der hereingegebenen Effekten dem Hereingeber gehören.

Aus allen diesen Gründen läßt sich in der Annahme des Berufungsgerichts, daß der in Rede stehende Geschäftsverkehr der Klägerin mit den beiden Bankhäusern als Reportverkehr aufzufassen ist, eine Rechtsnormalverletzung nicht erkennen. Liegt aber ein Reportverkehr vor und enthält ein jedes der von dem Rechtsstreite betroffenen Rechtsgeschäfte einen mit einem Wiederverkauf verbundenen Kaufvertrag, so muß die Revision zurückgewiesen werden.

#### Reichsgericht Erkenntniß vom 24./11. 87.

Stempelspflicht von Kaufgeschäften, welche nach Probe über börsenmäßig gehandelte Waarenmengen, unter Zugrundelegung von Börsenansätzen geschlossen sind.

Reichsstempelgesetz vom 29. Mai 1885. Tarif II 4, B.

In Sachen des Kommerzien-Raths D. in D., Klägers und Revisionsklägers,

wider

den K. pr. Steuerfiskus, vertreten durch den K. Provinzial-Steuerdirektor in D., Beklagten und Revisionsbeklagten, hat das Reichsgericht, Vierter Civilsenat, am 24. November 1887

für Recht erkannt:

die Revision gegen das am 26. März 1887 verkündete Urtheil des Ersten Civilsenats des K. pr. Ober-Landesgericht zu M. wird zurückgewiesen; die Kosten der Revisionsinstanz werden dem Revisionskläger auferlegt.

Thatbestand.

Der erste Richter, die Kammer für Handelsfachen des K. pr. Landgerichts zu D., hat den Beklagten zur Zurückzahlung eingezogener Stempelbeträge mit zusammen 679,20 Mk. nebst Zinsen an den Kläger verurtheilt. Auf Berufung des Beklagten ist abändernd auf Abweisung der Klage erkannt. Gegen das Berufungsurtheil, auf dessen vorgetragenen Thatbestand Bezug genommen wird, hat der Kläger mit dem Antrage Revision eingelegt, unter Aufhebung desselben die generische Berufung zurückzuweisen. Seitens des Beklagten ist die Zurückweisung der Revision beantragt.

Entscheidungsgründe.

Der Revisionsbeschwerde konnte keine Folge gegeben werden.

Nach der Tarifnummer 4, B des — das Reichsstempelgesetz vom 1. Juli 1881 abändernden — Reichsgesetzes vom 29. Mai 1885 (Reichs-Gesetzblatt Seite 171 fg) unterliegen einer prozentualen Stempelabgabe vom Werth des Geschäftsgegenstandes

„Kauf- und sonstige Anschaffungsgeichäfte, welche unter Zugrundelegung von Ansätzen einer Börse geschlossen werden (Loco-, Zeit-, Fix-, Termin-, Prämien- u. Geschäfte) über Mengen von Waaren, die börsenmäßig gehandelt werden.“

„Als börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an der Börse, deren Ansätze für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden.“

Und in einer „Anmerkung“ hierzu bestimmt das Gesetz:

„Kauf- und sonstige Anschaffungsgeichäfte über im Inlande von einem der Kontrahenten erzeugte oder hergestellte Mengen von Sachen oder Waaren sind steuerfrei.“

Vorliegend handelt es sich um die Stempelspflichtigkeit einer großen Anzahl von Kaufgeschäften, welche der Kläger in der Zeit vom 8. Dezember 1885 bis zum 30. September 1886 an die Danziger Börse als Verkäufer theils für eigene, theils für fremde Rechnung über Quantitäten von Weizen und Roggen, die sich am Plage in Speichern, Rähen, Wagons oder sonstigen Transportwerkzeugen zu seiner Verfügung befanden, nach den für Platzgeschäfte geltenden Ansätzen der Danziger Börse abgeschlossen hat, und zwar, wie die vom Beklagten anerkannten Schlußscheine ergeben und in erster Instanz unstreitig gewesen, in zweiter Instanz jedoch vom Beklagten bestritten ist, nach, den Käufer vorgelegten Proben der Waare.

Der Kläger ist der Meinung, daß derartige Geschäfte der fraglichen Stempelabgabe nicht unterworfen seien, weil sie bezüglich der Bestimmung der Waarenqualität nicht nach den Danziger Börsenansätzen und eben deshalb auch nicht über börsenmäßig gehandelte Waaren geschlossen seien, und der erste Richter ist ihm in letzterer Hinsicht mit der Ausföhrung beigetreten, daß in den vorliegenden Fällen stets ein „individualisirtes Quantum, eine in bestimmten Räumen abgesondert vorhandene Waarenmenge“ verkauft sei, daß aber nicht für solche individualisirte, sondern nur für generisch bezeichnete, aus dem allgemeinen Angebot beliebig auszuwählende Waaren Terminpreise notirt würden.

Der Berufsrichter hiergegen hat angenommen, daß die vorliegenden Geschäfte, auch wenn sie nach vorgelegten Proben über individualisirte, zur sofortigen Uebergabe bereite Waaren geschlossen wären, den Erfordernissen der gedachten Tarifposition entsprächen, weil es nur darauf ankomme, daß für die gehandelte Waarengattung oder „Sorte Terminpreise